

LTWP-3-594

Programmantrag

Landesdelegiertenversammlung am 8. & 9. November 2025 in Bingen

Initiator*innen: Ute Ernst (KV Neuwied)

Verfahrensvorschlag: >Übernahme

Titel: **LTWP-3-594: ENTWURF
LANDTAGSWAHLPROGRAMM 2026 - Kapitel 3 -
Rheinland-Pfalz für alle gerecht gestalten**

Antragstext

Von Zeile 599 bis 600 einfügen:

uns auf Bundesebene für eine Pflegezeit zur Freistellung von der Arbeit für pflegende Angehörige ein.

Wir wollen auch in Rheinland-Pfalz ein Landesprogramm zur Vereinbarkeit von Beruf und Pflege ins Leben rufen, um berufstätige pflegende Angehörige nachhaltig zu unterstützen.

Begründung

Die allermeisten Menschen mit Pflegebedürftigkeit werden zu Hause versorgt. Ein Großteil davon - rund 85% - werden von pflegenden Angehörigen oder nahestehenden Personen betreut, teils mit ambulanter Unterstützung. Zugleich steigt heute aber auch die Erwerbstätigenquote.

Immer mehr Menschen stehen also vor der Aufgabe, ihren Beruf mit der

Unterstützung einer pflegebedürftigen Person zu verbinden. Arbeitgebende können die Auswirkungen dieser Entwicklung z.B. in Form von steigenden Krankheitstagen, Teilzeitwunsch oder gar Kündigungen spüren.

Gerade zu Beginn einer Pflegesituation wird Sicherheit und Orientierung benötigt. Die Vereinbarkeit von Beruf und Pflege ist für pflegende Angehörige nicht nur von der Gestaltung der häuslichen Pflege, sondern wesentlich auch von den betrieblichen Vereinbarkeitsangeboten abhängig.

Es soll daher ein Landesprogramm ins Leben gerufen werden, das konkrete Unterstützungsangebote für Arbeitnehmer:innen schafft, um Berufstätigkeit und Pflegeverantwortung besser in Einklang zu bringen. Es soll sich an Unternehmen richten und auch eine Förderung durch die Landesverbände der Pflegekassen und den PKV-Verband einbeziehen, damit dies für Unternehmen kostenfrei ist.

Unternehmen können durch ihre Teilnahme an dem Landesprogramm aktiv an einer gelingenden Vereinbarkeit mitwirken. Eine vereinbarkeitssensible

Unternehmenskultur mit vielfältigen, auch niedrigschwelligen

Unterstützungsangeboten kann dazu beitragen, dass Beschäftigte in der Erwerbstätigkeit gehalten werden. Mit guter Beratung und den richtigen Hilfen muss Pflege nicht immer eine Belastung sein.

Für ein gutes Beispiel können wir dazu auch über die Landesgrenze nach NRW schauen: www.berufundpflege-nrw.de

(siehe auch Antrag in Zeile 278, Vereinbarkeit von Beruf, Familie und Ehrenamt)

Unterstützer*innen

Markus Seemann (KV Neuwied), Elisabeth D'Angelo (KV Neuwied), Thorben Thieme (KV Neuwied), Peter Baeumle-Courth (KV Neuwied), Birgit Stupp (KV Ahrweiler), Dominik Stöhr (KV Mayen-Koblenz), Ann-Kathrin Schrepfer (KV Neuwied), Fernando Andia Cochachi (KV Trier), Stefan Pokorny (KV Neuwied), Thomas Häcker (KV Neuwied), Martin Schäfer (KV Neuwied), Ulrich Neumann (KV Neuwied), Armin Grau (KV Rhein-Pfalz), Angelika Angerer (KV Neuwied), Peter Kallusek (KV Südliche Weinstraße), Ingrid Bäumler (KV Cochem-Zell), Christian Ott (KV Cochem-Zell), Andreas Resch (KV Ahrweiler), Martina Hartmann (KV Neuwied), Carolin Konopka (KV Mayen-Koblenz), Elisabeth Lehmann (KV Rhein-Hunsrück), Anja Kaspari (KV Rhein-Hunsrück), Rebecca Stallbaumer (KV Mayen-Koblenz), Gordon Gniewosz (KV Koblenz), Judith Klaes (KV Neuwied), Annemarie Imgrund (KV Rhein-Lahn)